

Pressekonferenz GEW BW, 03.09.2024, 11 Uhr, Medienzentrum Landtag

Landespressekonferenz

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg (GEW)
am 3. September 2024 in Stuttgart**

Schuljahr 2024/2025: #BesterJobDerWelt

Statement der GEW-Landesvorsitzenden Monika Stein

Hinweise zu GEW Terminen:

24.09.2024: Gemeinsam guten Ganztage gestalten. Forum für Akteur*innen aus Schule und Kommune (Veranstaltung der GEW und FES) – Beginn einer landesweiten GEW-Veranstaltungsreihe

19.10.2024: Grundschtulagung (Veranstaltung GEW und Grundschulverband)

23.10.2024: Tagung Gleichstellung an Schulen (Beauftragte für Chancengleichheit, BfC)

06.11.2024: Tagung Kita-Leitungen

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Anwesende,

am 9. September beginnt das neue Schuljahr. Mein Beruf ist für mich der beste der Welt – und die GEW wirbt mit #BesterJobDerWelt auf der didacta, an den Hochschulen und den Ausbildungsseminaren.

Ich bin sicher: Es wird ein Schuljahr mit vielen Glücksmomenten und prägenden Begegnungen, aber auch Stolpersteinen und scheinbar unlösbaren Fragen. Gemeinsam werden alle am Schulleben Beteiligten es zu einem bereichernden und erinnerungswürdigen Jahr machen. Dafür wünsche ich allen Schüler*innen, Lehrkräften, Schulleitungen, pädagogischen Assistenzen, dem Verwaltungspersonal, Hausmeister*innen, Schulsozialarbeitenden, Betreuungskräften, Schulpsycholog*innen, allen Mitarbeitenden in den multiprofessionellen Teams und den Eltern viel Freude und Energie.

Beides können wir in unseren Schulen und unserer gesamten Gesellschaft gut gebrauchen. Auf vielen Ebenen nehmen wir unser friedvolles und vielfältiges Zusammenleben als gefährdet wahr. Zwei Bereiche sind heute, in dieser Septemberwoche, besonders offensichtlich:

Demokratie in Gefahr: Wirklich überraschend war es nicht und wer politisch interessiert ist, hatte es bereits befürchtet: Die Wahlergebnisse von Sonntag aus Thüringen und Sachsen zeigen einmal mehr, dass unsere Demokratie in ernster Gefahr ist. Demokratieerziehung ist ein unerlässlicher Baustein von guter Bildung. Es wird gerne davon gesprochen, dass Kinder zuerst Grundkompetenzen lernen müssen: Schreiben und Rechnen. Für mich gehören die Demokratieerziehung und der selbstverständliche Umgang mit Vielfalt von Anfang an mit dazu. Demokratische und menschenrechtliche Werte und Normen werden gelebt, vorgelebt und gelernt in den Schulen, der offenen Jugendarbeit, den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und der Frühen Bildung und den Hochschulen.

Es ist an uns allen, immer und überall den Wert der Demokratie vor Augen zu führen und uns und allen anderen Menschen regelmäßig klar zu machen, dass und wie wir unsere Demokratie schützen müssen. Das ist unsere Gemeinschaftsaufgabe, nicht nur zu Beginn dieses Schuljahres. Sie interessiert zu diesem Thema vielleicht das Interview mit der Thüringer GEW-Landesvorsitzenden Kathrin Vizthum in der b&w in Ihrer Mappe. Mit dem ehemaligen Lehrer Björn Höcke, aber auch in den Klassenzimmern in Thüringen und Sachsen müssen sich unsere Kolleg*innen dort viel zu oft dem Rechtsradikalismus stellen.

Klimawandel: Der Sommer, der nun langsam zu Ende geht, hat uns mit Extremwetterereignissen eindrucksvoll die Folgen des menschengemachten Klimawandels vor Augen geführt. Ich erinnere beispielsweise an eine Grundschule aus Baden-Württemberg, die vom 2. auf den 3. Juni durch den nahegelegenen Bach überflutet wurde. Klassenzimmer, Lehrmaterialien und Einrichtungen wurden zerstört und den Kindern ihre vertraute Lernumgebung genommen. Unterricht wird dort vorerst nicht stattfinden können.

Schulgebäude und ihre dazugehörigen Freigelände für solche Starkwetterereignisse, Hitze und Kälte sicher zu gestalten und vor allem die drängenden Sanierungen zu erledigen, ist eine milliarden-schwere Herausforderung. Auf diesem Weg sind wir im besten Fall mit Trippelschrittchen unterwegs und die kommunale Familie ist überfordert, diese Aufgabe allein zu erledigen und zu finanzieren. Es ist unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe – zeitnah und mit Blick in die Zukunft – unsere Bildungseinrichtungen krisensicher zu gestalten.

Zum **Stand der Bildungspolitik** habe ich letztes Jahr an dieser Stelle gesagt:

„Die hohen Erwartungen, die wir an eine grüne Kultusministerin hatten, haben sich nicht erfüllt. Nach mehr als zwei Jahren Kultusministerium unter grüner Führung warten wir immer noch darauf, dass Bildung endlich die notwendige Priorität in der Landespolitik bekommt.“

Mittlerweile hat Bildung in der Landespolitik einen höheren Stellenwert bekommen. Es ist klar: Mitreden bei Bildungsthemen heißt, wichtige Weichenstellungen vorzunehmen. Allerdings rächt sich jetzt, dass die vergangene und diese Legislatur, also die Jahre seit 2016, davon geprägt waren, Schulstrukturdebatten auf jeden Fall zu vermeiden und brennende strukturelle Themen auszusitzen. Nun hat bekanntlich eine Unterschriftensammlung und ein Bürgerforum zum Thema G9 dafür gesorgt, dass diese Strategie sich in Luft aufgelöst hat. In der Folge hat sich die Schlagzahl an Neuerungen, die zum Thema Bildung und Schule aus dem Kultusministerium und dem Landtag in den letzten Monaten zu vernehmen waren, enorm erhöht. Nicht zuletzt ist eine enorme Schulgesetz-änderung zu vielfältigen, komplexen Themen gerade in der Anhörung. Ich gehe gleich auf konkrete Aspekte ein.

Nur eins vorweg: Am meisten, am schnellsten, am komplexesten ist nicht immer am besten. Qualität braucht Plan, Ressourcen, Sachverstand aus der Praxis und der Wissenschaft sowie Zeit und kann nicht durch Quantität ersetzt werden.

Schulstrukturdebatte

Die aktuelle Schulgesetzänderung ist umfassender als alle bisherigen. Der Entwurf beinhaltet gute Ansätze und Inhalte. Beispielsweise zielt ein Ausbau der Sprachförderung oder die Stärkung der frühen Bildung in die richtige Richtung. Bei den grundlegenden Fragen zur Zukunftsfähigkeit unserer Schulen stiehlt sich die Landesregierung jedoch aus der Verantwortung. Es fehlt jede Idee, wie eine Schule der Zukunft aussehen sollte. Dass es außerhalb des Kultusministeriums wegweisende Visionen gibt, zeigt beispielsweise das Konzept für die neue Sekundarschule, auf das ich später noch eingehen werde.

Beginnen wir mit den Schüler*innen, die den größten Unterstützungsbedarf haben: Sprechen wir über **Inklusion**. Es ist eine Schande für Baden-Württemberg, wie sehr Kinder und Jugendliche mit Behinderungen aus dem Fokus geraten und wie wenig für gelingende Inklusion getan wird. Meine Vermutung, die ich nicht gerne äußere, ist: Die Lobby der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen ist nicht durchsetzungsfähig, lautstark und wahlentscheidend. Nicht, weil das nicht dringend nötig wäre, sondern weil die Familien tagtäglich einen Alltag bewältigen müssen, der so viel herausfordernder ist als der anderer Familien. Sie können keine großen und pressewirksamen Unterschriftensammlungen, Demonstrationen oder zahllose Lobbygespräche organisieren. Dass sie und die Interessen der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung nicht beachtet werden, ist eine moralische Bankrotterklärung der Landesregierung. Bei der Schulgesetzänderung, die derzeit in der Anhörung ist, werden die Auswirkungen auf die – derzeit schon jämmerlich ausgestattete – Inklusion in Schulen kaum beachtet. Einzig bei Juniorklassen und Ganzttag wird Inklusion überhaupt genannt.

Zentral in der Schulstrukturdebatte ist die Frage, wie eine attraktive **zweite Säule** neben dem allgemeinbildenden Gymnasium aussehen kann. Und im Sinne der Bildungsgerechtigkeit noch wichtiger: Wie können die Bildungsansprüche von Kindern und Jugendlichen, die nicht das Gymnasium besuchen (wollen), umfassend und möglichst gut befriedigt werden? Die Landesregierung beantwortet diese Frage nicht. Darunter leiden zuerst die Schüler*innen. Überspitzt könnte ich sagen, dass das Wohlergehen und die Zukunft dieser Kinder und Jugendlichen von der Koalition anscheinend als nicht wichtig genug angesehen werden, um für sie tragfähige und bestmögliche Lösungen zu finden.

Als Gewerkschaft bewerten wir auch, was solche Strukturveränderungen für Beschäftigte und ihre Arbeitsbedingungen sowie den Arbeits- und Gesundheitsschutz bedeuten. Unsere gut ausgebildeten, motivierten Lehrer*innen müssen passende Bedingungen vorfinden, damit sie ihre volle Arbeitskraft, ihre Energie und ihr gesamtes Berufsleben in den Dienst ihrer Schüler*innen stellen wollen und können. Eine gut geplante zweite Säule wäre auch für die Lehrkräfte ein attraktiverer Arbeitsplatz. Die kurzfristig gedachten und mutlosen Planungen der Landesregierung sorgen jedoch dafür, das strukturelle Wirrwar zu vergrößern und unsere zersplitterte Schullandschaft noch weiter zu zergliedern – und damit den Frust bei den Menschen an den Schulen zu vergrößern.

Ganzttag: Wir wissen alle, dass zum Schuljahr 2026/27 – also fast schon in Sichtweite – der Rechtsanspruch auf Ganzttag für Grundschüler*innen kommt. Wenn Sie mit Vertreter*innen der Kommunen sprechen, werden Sie große Anspannung erleben. Die Landesregierung, konkret Ministerpräsident Winfried Kretschmann, versucht die Verantwortung klar und allein nur bei den Kommunen zu belassen. Wir sagen sehr deutlich, dass die Mammutaufgabe Ganzttagsausbau keineswegs alleine Sache der Schulträger sein darf.

Ohne ausreichende Investitionen in Räumlichkeiten, Fachpersonal und Material werden unsere Kinder keine guten Ganztagsangebote bekommen. Damit verspielt Baden-Württemberg eine große Chance auf bessere Bildungschancen und mehr Bildungsgerechtigkeit. Nicht zuletzt, weil so der pädagogische Mehrwert guter Ganztagesangebote nicht ausgeschöpft werden kann.

Statt über absurde Losentscheide zur Zulassung zum Ganztagsprogramm zu diskutieren, brauchen wir eine ausreichende Finanzierung für alle Schulen, die den Ganztag einführen wollen. Das geht nur mit einer anderen Bildungsfinanzierung. Vor einigen Jahren wurden Gewerkschaften wegen ihrer **Kritik an der Schuldenbremse** belächelt. Inzwischen werben Expert*innen bis hin zu den Wirtschaftsweisen für eine Reform der Schuldenbremse. Ich verstehe nicht, warum sich unsere Landesregierung hier keinen Millimeter bewegt.

Wie ein guter Ganztag aussieht und welche Rahmenbedingungen notwendig sind, finden Sie bei Interesse in unserer druckfrischen Broschüre. Ich begrüße, dass Kultusministerin Theresa Schopper im Zusammenhang mit dem Ganztagsanspruch noch einmal den Ausbau gebundener Ganztagsgrundschulen vorantreiben will und bewirbt. Das ist in unseren Augen tatsächlich die beste Möglichkeit der Umsetzung.

Für die **Sprachförderung vor und in der Grundschule** sind etliche Bausteine geplant. In der b&w 07/24 in Ihrer Mappe finden Sie eine detaillierte Einordnung, was am Sprachförderkonzept gut ist und was nur gut gemeint. Gut ist, dass endlich der frühkindliche Bereich und die Grundschule in den Blick genommen werden. Sie sind die Phasen im Leben von Kindern, in denen Förderung die größten Effekte entfalten kann.

Kritisch ist die Umsetzung dieser Förderung: Wissenschaftlich ist erwiesen, dass in der Kita eine alltagsintegrierte Sprachbildung am besten funktioniert und die nachhaltigsten Effekte aufweist. Mit Blick auf die Arbeitsbedingungen in den Bildungseinrichtungen muss die Förderung zudem mit machbarem Organisations- und Verwaltungsaufwand durchführbar sein. Das Kultusministerium plant jedoch ein komplexes System, bei dem je nach Testergebnis der Kinder eine Förderung über eine vorgezogene Schulpflicht angeordnet wird und teils über die Grundschulen vor Ort erfolgt. Diese Ideen sind aus der Mottenkiste – und waren aus gutem Grund dorthin verschwunden. Für eine gelingende Sprachbildung wäre am sinnvollsten, das erprobte und erfolgreiche Konzept der Sprachkitas auszuweiten.

Für uns als GEW ist klar: Die Voraussetzung für eine gute Förderung der Kinder ist, dass alle Kinder eine Kita besuchen. Im Moment ist die Zahl der Kinder, die vor Eintritt in die Grundschule eine Kita besuchen, von ehemals 98 % auf 90 % abgesunken. Das ist ein Alarmzeichen: Viele Kinder, auch viele mit Förderbedarf, kommen nicht in den Genuss der Bildungseinrichtung Kita. Landesregierung und Kommunen müssen gemeinsam dafür sorgen, dass alle Kinder einen Kita-Platz erhalten. Es darf nicht sein, dass Eltern, die zu wenig Ressourcen haben, um ihren Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz einzuklagen, ihre Kinder nicht erfolgreich in einer Kita anmelden können.

Wir sehen den riesigen Fachkräftemangel in den Krippen und Kitas und erwarten von den Trägern und dem Land weitere Initiativen, um mehr Personal zu finden und zu qualifizieren. Dass Kommunen Öffnungszeiten in der Not reduzieren, ist vor allem für die Eltern schmerzhaft. Gleichzeitig können wir das mit Blick auf die Verlässlichkeit und die Qualität nachvollziehen.

Zusätzlich zur Sprachförderung vor der Einschulung sollen **Juniorklassen** zur sprachlichen Förderung eingerichtet werden. Das bedeutet quasi ein zusätzliches Schuljahr vor dem Start in die 1. Klasse. In unseren Augen ist klar, dass für diese Kinder eine gute und qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung essenziell ist.

Was uns bei der **Grundschule** noch fehlt? Poolstunden um Förderunterricht zu ermöglichen, wie es in anderen Schularten die Regel ist. Eine angemessene und faire Bezahlung nach A 13/E 13, wie sie in 13 der anderen Bundesländer bereits beschlossen bzw. umgesetzt ist. Und Ethikunterricht. Dieser wurde immer wieder angekündigt, sobald der Ausbau in der Sekundarstufe I abgeschlossen ist. Die Änderung der Stundentafeln an der Primarstufe steht jedoch noch aus. Und das obwohl nur noch

51% der Schüler*innen zum Besuch des Faches Religion verpflichtet sind. Ethik ab Klasse 1 wäre auch ein Baustein, unsere Demokratie vor fundamentalistischen Tendenzen im Namen von Religionen zu schützen.

Stattdessen wird den Grundschulen von der Landesregierung eine Rückkehr zur verbindlichen Grundschulempfehlung verordnet. Nur drei Bundesländer haben sie, Baden-Württemberg hatte sie 2012 zu Recht abgeschafft. Damals war das Durchatmen deutlich spürbar. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Grundschullehrkräften und Eltern war endlich – nach all den Jahren des Paukens und Ringens ums „Grundschulabitur“ – viel leichter möglich geworden. Der Antrieb für die Rückkehr zur Verbindlichkeit ist nicht pädagogisch begründet. Er beruht lediglich auf der Angst, dass unsere Gymnasien durch die Verlängerung der Gymnasialzeit überrannt werden. Es gibt keine überzeugende Begründung, warum ein G9 zwangsläufig zu einer höheren Übergangsquote auf das Gymnasium führen wird. Zudem sind die Erwartungen, welche die Politik an eine „verbindliche Grundschulempfehlung“ hat, mythisiert: Bereits in den 2000er-Jahren konnten die Schüler*innenströme kaum noch mit der Grundschulempfehlung gelenkt werden. Die Leidtragenden werden die Schüler*innen sein. Aus Angst vor der Prüfung in Klasse 4 wird es in den Schulen mehr „teaching for the test“ und spezielle Vorbereitungskurse an den Nachhilfeinstituten geben. Durch eine Schaffung einer attraktiven zweiten Säule neben den Gymnasien würde sich das Thema von selbst erledigen.

Als Konzept für diese **zweite Säule** haben am 14. Juni engagierte Menschen aus Wissenschaft, Schulverwaltung und Schulpraxis eine neue, inklusive Sekundarschule skizziert. Das Recht aller Kinder und Jugendlichen auf bestmögliche Bildungschancen wurde dabei in den Mittelpunkt, Bestehendes auf den Prüfstand gestellt und die Stärken der Schularten Werkrealschule, Realschule und Gemeinschaftsschule übernommen. Nach einer zweijährigen Orientierungsstufe gibt es, geprägt von einer modernen Lernkultur und Durchlässigkeit, verschiedene Wege zu verschiedenen Abschlüssen inklusive der Hochschulreife. Berufsorientierung, informatische und medienpädagogische Bildung, Persönlichkeitsbildung und Demokratiebildung finden genügend Platz. Das Konzept kann uns als GEW in weiten Teilen überzeugen und wir verstehen nicht, warum das Kultusministerium es bisher ignoriert.

Zwei Punkte will ich dennoch deutlich in Frage stellen: Auch dieses Konzept sieht – erstens – eine verbindlichere Grundschulempfehlung vor. Zweitens sind obligatorische Fortbildungen für Lehrer*innen vorgesehen. Das ignoriert die aktuelle Misere im Fortbildungsbereich: Ständig sind wichtige Angebote überbucht und in den Schularten mit Lehrkräftemangel fahren kaum noch Personen zu Fortbildungen, weil sie ihre Kolleg*innen und die Schüler*innen nicht im Stich lassen wollen. Wenn ich möchte, dass Lehrkräfte auf dem aktuellen Stand sind, muss ich genügend fachlich hochwertige Fortbildungen anbieten und eine Vertretung möglich machen.

Die Autor*innen sehen vor, dass ihr Konzept vier Jahre in Pilotversuchen erprobt und nachjustiert wird. Diese vier Jahre sollen ebenso dazu genutzt werden, das Konzept bekannt zu machen, zu diskutieren, für die jeweiligen Schulen vorzubereiten und die gesetzlichen Änderungen gründlich vorzunehmen.

Zentral für die Schulstrukturreform der Landesregierung ist die **Verlängerung der Gymnasialzeit**. Neben dem neunjährigen Gymnasium soll es jedoch weiterhin die Möglichkeit geben, G 8 weiterzuführen. Wir kritisieren den enormen Aufwand, den diese Doppelstruktur kosten wird. Es ist wichtig, jetzt die Schulzeitverlängerung mit genügend Mut und Geduld auszugestalten, um eine echte Weiterentwicklung des allgemeinbildenden Gymnasiums zu erreichen. Die Landesregierung plant neben schüler*innenzentrierten, freieren Unterrichtsformen die Stärkung der Gesellschaftswissenschaften, wie sie von der GEW wiederholt gefordert wurde. Wir begrüßen die geplanten Projekte im Bereich Geographie und Gemeinschaftskunde und die zusätzlichen Ressourcen im Bereich Demokratiebildung. Außer Frage steht, dass diese zusätzlichen Ressourcen im gleichen Maße

den anderen Sekundarschulen zur Verfügung gestellt werden müssen. Enttäuschend ist im Bereich des Faches Biologie: Eine strukturell zu geringe Ausstattung ausgerechnet im Bereich dieser Zukunftswissenschaft macht die angekündigte „Stärkung der Naturwissenschaften“ zum Etikettenschwindel.

Es ist auch bezeichnend, dass die Lernzeit am Gymnasium mit guten Argumenten um rund 14 Wochenstunden ausgebaut wird. An den anderen Schulen in der Sekundarstufe I sieht die Landesregierung aber nur 4 bis 5 zusätzliche Wochenstunden für das neue Fach Informatik/Medienbildung vor. Die anderen Themen, die für die Schüler*innen am Gymnasium vorgesehen sind, spielen für die Schüler*innen an den Haupt-/Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen scheinbar keine Rolle.

Mit Blick auf die Arbeitsbelastung der Schulen einerseits und die Vielfalt des pädagogischen Angebotes andererseits erwartet die GEW, dass an allen Schulen auf der Basis fester Stundentafeln frei verfügbare Poolstunden für Förderung und Unterstützung der Schüler*innen erhalten bleiben bzw. im Fall der Grundschulen endlich geschaffen werden.

Schule digital

Insgesamt begrüßt die GEW die Einführung des **Fachs Medienbildung/Informatik**, mit der Neuerungen zum Thema Digitalität in die Wege geleitet wurden. Es ist richtig und wichtig – gerade in Zeiten von Fake News und künstlicher Intelligenz – die Schüler*innen zu mündigen Bürger*innen in unserer von Digitalität geprägten Welt zu erziehen. Es steht daher außer Frage, dass das Fach an allen Schularten der Sekundarstufe eingeführt werden muss. Bei den Inhalten des Bildungsplans sind dabei die jeweiligen Niveaustufen entsprechend zu berücksichtigen.

Positiv ist auch das Ziel der neuen **Digitalunterrichtsverordnung**, klare rechtliche Regelungen für Fern- und Hybridunterricht zu schaffen. Die Erfahrungen während der Pandemie haben gezeigt, dass Schulen hier oft in rechtlichen Grauzonen arbeiten mussten. Leider gibt es eine bildungspolitische Bankrotterklärung, weil künftig Fernunterricht aufgrund von Lehrkräftemangel ermöglicht werden soll. Auf der einen Seite werden die vorhandenen Lehrkräfte zusätzlich belastet, wenn sie künftig mehrere Klassen digital unterrichten sollen. Auf der anderen Seite erhöht sich dadurch die Bildungsungerechtigkeit, da bestimmte Schüler*innen Fernunterricht erhalten, weil sie zufällig in der falschen Region leben.

Richtig ist auch der Ansatz, mit der **Bildungsplattformverordnung** einen Rahmen für den Einsatz der digitalen Bildungsplattform zu setzen. Leider wird gerade hier einmal mehr deutlich, dass die Nutzung der Module – ob Lernmanagementsystem oder digitaler Arbeitsplatz – am Ende an der immer noch ausstehenden Einigung zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden zur Schulträgerschaft des 21. Jahrhunderts scheitern wird. Dort wo kein WLAN und keine gewarteten und damit funktionstüchtigen Geräte verfügbar sind, kann auch nicht digital gearbeitet werden.

Situation an den Schulen

Gute Bildung ist nur möglich, wenn die Bildungseinrichtungen ausreichend mit technischen wie personellen Ressourcen ausgestattet sind. Zur aktuellen Situation an den Schulen könnte ich an dieser Stelle auch einen Redetext aus 2023, 2022 oder 2021 vortragen. Wieder starten wir an vielen der 4.500 Schulen in Baden-Württemberg mit nicht besetzten Stellen, einer zu geringen Vertretungsreserve und die Schulleitungen und ihre Teams jonglieren, um möglichst selten Kinder nach Hause schicken zu müssen.

Eine Ursache ist **ein strukturelles Defizit** in allen Schularten: Die im Landeshaushalt vorgesehenen Stellen entsprechen nicht dem Bedarf. Teilweise gibt es nicht einmal genügend neue Stellen, um den demografischen Aufwuchs auszugleichen. Sichtbar ist das in diesem Jahr beispielsweise in der Verschlechterung der Abdeckung in Grund, Haupt-/Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen, aber auch dem Stillstand bei beruflichen Schulen. Ein Beispiel zu den Folgen: In unseren Beruflichen Schulen lernen immer mehr zugewanderte Schüler*innen, viele aus der Ukraine. Wenn 16-jährige Jugendliche in Deutschland ankommen, dann brauchen sie oft etwa fünf Jahre, um mit Schulabschluss und Ausbildung in unserem System richtig anzukommen. Mit Geduld und genügend (schulischer) Unterstützung ist es unserer Erfahrung nach für fast alle möglich. An den Beruflichen aber oft auch den allgemeinbildenden Schulen fehlt es jedoch zunehmend an Räumen und qualifiziertem Personal. Katastrophal ist wie immer die Stellenausstattung an den SBBZ mit knapp 88 Prozent bereits zum Beginn des Schuljahres, je nach Standort deutlich darunter. Das wirkt sich auf die beschämend schlechte Ausstattung der inklusiven Bildungsangebote an den allgemeinen Schulen aus.

Auch 100 Prozent Personalausstattung reichen nicht aus, um eine verlässliche Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Krankheiten, Elternzeiten, Fortbildungen, Ausflüge, Lerngänge und Klassenfahrten bedeuten Abwesenheit von Lehrkräften. Es gibt jedes Jahr im vierstelligen Bereich Abwesenheit wegen Familienzuwachs bei Lehrer*innen. Zum Statistikstichtag am 18. Oktober 2023 waren 1.778 Lehrer*innen längerfristig, d.h. länger als sechs Wochen, erkrankt und 1.229 Lehrerinnen befanden sich im Mutterschutz. Vom Schuljahresbeginn 2023/2024 bis Ende April 2024 gingen landesweit 4.872 Lehrkräfte in Elternzeit. Das wäre eine Rechenaufgabe für die Grundschule: Wenn über 7.000 Lehrkräfte fehlen, gleichzeitig die ständige Vertretungsreserve bei knapp 2.000 Stellen liegt, was bedeutet das und wie viele Stellen muss ich schaffen, damit kein Unterricht ausfällt?

Jede dieser unbesetzten Stellen bedeutet in der Praxis, dass für Schüler*innen Unterrichtsausfall droht. Konstrukte wie „Mitversehung“ – d.h. eine Lehrkraft ist für zwei oder mehr Klassen gleichzeitig zuständig – oder Aufteilung von Klassen lösen dieses Problem nicht. Die GEW schlägt vor, den im Jahr 2014 gestoppten Ausbau der Krankheitsreserve um jährlich 200 Stellen wieder aufzunehmen; allerdings wegen der verlorenen Zeit mit 300 Stellen jährlich. Nur so kann perspektivisch die enorme Unterversorgung aufgefangen werden.

Eine weitere Ursache der lückenhaften Unterrichtsversorgung sind **fehlende Bewerber*innen**. Das allgemeinbildende Gymnasium ist die einzige Schulart, bei der die Unterrichtsversorgung einigermaßen ok ist, aber selbst hier herrscht je nach Region großer oder sehr großer Mangel in MINT-Fächern. Eine Schande ist der Mangel im Bereich SBBZ/Inklusion. Wohlgermerkt bei einem strukturell eingeplanten Defizit von 12 Prozent im Landeshaushalt. Insgesamt gibt es massive regionale Unterschiede. Die Schere zwischen den einigermaßen gut versorgten Regierungspräsidien Karlsruhe und Tübingen und den schlechter versorgten Regierungspräsidien Stuttgart und Freiburg geht immer

weiter auseinander. Das bedeutet: Der Wohnort eines Kindes entscheidet immer deutlicher über die Bildungschancen.

Ein Beispiel: Beim SBBZ-Listenverfahren im Regierungsbezirk Nordwürttemberg gab es auf 125 Stellen nur 5 Bewerbungen. An den Grundschulen haben wir zwar einige Bewerber*innen mehr, aber weiterhin können dort nicht alle Stellen besetzt werden, ebenfalls mit großen regionalen Unterschieden. Auch hier gab es zum Beispiel in Nordwürttemberg auf 162 Stellen nur 67 Bewerbungen.

Und die GEN Z stellt Arbeitgeber*innen, die bisher dachten, es reiche, mit der Verbeamtung zu winken, vor neue Herausforderungen. 167 Bewerber*innen für das Grundschullehramt hatten ihre Wünsche so eingeschränkt, dass für sie keine Stelle infrage kam. Der Eindruck der GEW-Expert*innen in der Beratung ist auch, dass die Zahl der Personen steigt, die sich nach Studium oder Referendariat entscheiden, gar nicht im erlernten Beruf im Klassenzimmer zu starten. Andere verzichten auf die Verbeamtung, um für weniger Geld, aber mit höherer Flexibilität an Privatschulen zu arbeiten.

Wie die Situation verbessert werden kann, habe ich in den letzten Jahren an dieser Stelle immer wieder vorgestellt. Ich werde Sie daher nicht mit Wiederholungen langweilen und nur drei Bereiche benennen:

Erstens muss das Kultusministerium schnell für **mehr Bewerber*innen** sorgen. Die GEW steht weiter bereit, Neues auszuprobieren. Vorschläge der GEW liegen zum Teil bereits seit 2018 in den Schubladen des Kultusministeriums. Wir werden auch im Februar 2025 mit dem Motto #BesterJobDerWelt auf der Bildungsmesse didacta vertreten sein. Wir machen immer wieder deutlich, was wir brauchen, damit sich genügend junge Menschen für diesen Beruf entscheiden.

Es ist wunderbar, dass Kultusministerin Theresa Schopper 175 zusätzliche Studienplätze Sonderpädagogik in Freiburg erkämpft hat. Die ersten dadurch ausgebildeten Lehrer*innen werden in etwa sechs Jahren in den Schulen ankommen. So lange können wir aber nicht warten, weshalb das **Aufbaustudium Sonderpädagogik** zeitnah attraktiver gestaltet werden muss.

Zweitens müssen die Stellen in Baden-Württemberg, vor allem in **Mangelregionen**, endlich attraktiver gemacht werden. Hierzu hatten wir, wenn Sie sich erinnern, letztes Jahr in diesem Raum eine ausführliche Diskussion. Diese Forderung besteht weiterhin und wird drängender, weil wir sehen, wie schlecht manche Regionen versorgt sind. Die GEW steht weiter bereit, Neues auszuprobieren.

Drittens gilt im Sinne der Attraktivität: Lehramt ist kein Ehrenamt. Jede Arbeitszeitstudie der vergangenen 60 Jahre zeigt, dass Lehrkräfte Überstunden leisten. Das System Schule hat längst die Belastungsgrenze erreicht. Das führt dazu, dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz häufig missachtet wird. Einen Faktor zur Veränderung sehen wir in der **Arbeitszeiterfassung**, die das EUGH seit 2019 verlangt. Gerne bringen wir unsere Expertise in die aktuellen Gespräche mit dem Kultusministerium ein.

Selbstverständlich muss es dabei auch darum gehen, wie erhobene Überstunden ausgeglichen werden können. Für das jetzt beginnende Schuljahr fordern wir unsere Mitglieder auf, ihre Arbeitszeit zu erfassen, und damit die vielen unbezahlten Überstunden zu dokumentieren.

Weitere Maßnahmen habe ich in den letzten Jahren immer wieder benannt. Das Kultusministerium sollte unsere Vorschläge nicht in Schubladen verschwinden lassen, sondern umsetzen. Sie finden in der Mappe unter anderem unsere 21 Vorschläge zur Gewinnung von Lehrkräften.

Mehr Mut in der Bildungspolitik

Bildungspolitisch gibt es insgesamt auch in diesem Schuljahr genügend zu tun. Leider habe ich nicht den Eindruck, dass in dieser Landesregierung unter Ministerpräsident Winfried Kretschmann noch wichtige und zukunftsweisende Bildungsthemen angegangen werden. Regiert wird eher unter dem Motto „keine heißen Eisen anpacken und Konflikte innerhalb der Koalition vermeiden“.

Die GEW mit ihren 50.000 Mitgliedern – und mit ihr die Kinder, Jugendlichen, Eltern und alle pädagogischen Profis – erwarten eine verlässliche und mutige Bildungspolitik, die unsere Kinder fit macht für die Herausforderungen der Zukunft. Als größte bildungspolitische Organisation stehen wir dafür, auch kontroverse Themen anzupacken und konstruktiv mitzugestalten.

In der GEW stehen Wahlen an. Im April 2025 endet meine erste Amtszeit, die mitten in der Corona-Pandemie im November 2020 begonnen hat. Bei der GEW-Landesdelegiertenversammlung wollen meine Stellvertreterinnen Michael Hirn, Ricarda Kaiser, Farina Semler, David Warneck und ich wieder kandidieren.

Wir hoffen, dass allerspätestens ab 2026 Bildungspolitik mit mehr Weitsicht und Mut möglich ist.

Das nächste Schuljahr und die Bildungspolitik werden auch im Zeichen des beginnenden Landtagswahlkampfes stehen. Die Landesregierung hat die Chance, mit mutigen Weichenstellungen für eine gute Bildungspolitik für sich zu werben. Die Opposition kann sich mit ihren Vorschlägen für neue Weichenstellungen nach der Wahl im Frühjahr 2026 präsentieren.

Dafür empfehle ich allen, einmal nachzulesen, was wir unseren Schüler*innen für die Zukunft mitgeben. In den Leitperspektiven des Bildungsplans für die allgemeinbildenden Schulen heißt es:

Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt befähigt, sich gegenseitig, der Menschenwürde und der staatlichen Verfassung mit Achtung und Wertschätzung zu begegnen. Dies ist in der derzeitigen Situation, in der unsere Demokratie durch rechtsradikale, rechtspopulistische und auch islamistische Agitation so gefährdet ist, besonders wichtig.

Bildung für nachhaltige Entwicklung bedeutet, „vorausschauend mit Zukunft umzugehen sowie an innovativen Lebens- und Gesellschaftsentwürfen mitzuwirken, die einen zukunftsweisenden und verantwortlichen Übergang in eine nachhaltige Welt möglich machen.“

Unsere Schüler*innen sollen demnach Interessen formulieren, mitreden, mitentscheiden – bei Fragen der Bildung genauso wie auf allen anderen Ebenen unseres friedvollen und vielfältigen Zusammenlebens.

Uns allen wünsche ich eine stabile Gesundheit und damit einhergehend viel Energie und Vorfreude auf dieses Schuljahr mit all seinen Herausforderungen und Begegnungen, die es im Gepäck haben wird. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und Gespräche in diesem Schuljahr.

Weiterführende Links

Leitperspektiven und Leitfaden Demokratiebildung: <https://www.bildungsplaene-bw.de/,Lde/LS/BP2016BW/ALLG/LP/BTV>

www.gew-bw.de